

Mitschrift zum Referat "Standortpolitik Schweiz"

Magdalena Martullo, Delegierte der EMS-CHEMIE HOLDING AG

Gehalten im Rahmen der Medienkonferenz zum Halbjahresabschluss der EMS-Gruppe
am 12. Juli 2013 in Domat/Ems (GR)

Wir investieren bei EMS dieses Jahr nicht nur in Wachstumsmärkte, sondern – und das ist wahrscheinlich eher aussergewöhnlich in der heutigen Zeit - auch über 50 Millionen Franken in unsere Standorte Domat/Ems (GR) und Romanshorn (TG) in der Schweiz.

Gleichzeitig mache ich mir aber grosse Sorgen über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz. Jetzt spreche ich nicht nur für EMS, sondern generell für die Schweiz. Bei EMS sind wir sehr international aufgestellt, wir betreiben 26 Produktionsstandorte in 16 Ländern. Aus diesem Grund glaube ich, Politik und Rahmenbedingungen der verschiedenen Standorte auf der Welt relativ gut zu kennen und beurteilen zu können. Als Unternehmerin betrachte ich es als meine Pflicht, Ihnen aufzuzeigen, dass der **Industriestandort Schweiz** meiner Meinung nach politisch bereits massiv **unter Druck** steht und wahrscheinlich noch weiter unter Druck kommen wird.

Wenn wir das weltweite Bild anschauen, **dominieren neue Märkte** das Geschehen. Jedes zweite Auto und jedes zweite Mobiltelefon der Welt wird bereits in Asien gebaut und verkauft, aber **auch bezüglich Standortattraktivität für Unternehmen** sind asiatische Länder inzwischen führend. Als relativ neu aufstrebende Länder haben sie sich natürlich intensiv mit der Wirtschaft, auch mit der Industrie, befasst und wissen, was die Firmen brauchen. Sie kennen die Konditionen, welche für erfolgreiche Unternehmen wichtig sind, damit diese vor Ort produzieren. Evaluationen für einen neuen Produktionsstandort in Singapur haben für uns ergeben, dass wir dort produzierte Güter zollfrei nach China exportieren können und zudem der ordentliche Steuersatz (ohne spezielle Anreize!) nur 4% beträgt. Hier in der Schweiz zahlen wir zwischen 15% und 17% Steuern. Die Regierung von Singapur betreibt in Europa 2 Niederlassungen – eine in Zürich (sie war vorhin in Mailand und ist jetzt nach Zürich gekommen) – und eine in Frankfurt. Diese Niederlassungen haben den klaren Auftrag, mit den grösseren europäischen Firmen in regelmässigen Abständen Kontakt aufzunehmen und mit ihnen deren Strategie und Singapurs Angebote zu besprechen. Singapur gilt als äusserst unbürokratisch und auch der Schutz von Know-how ist gewährleistet. Nicht umsonst investiert die chemische Industrie so stark in Singapur. Sogar die Schweizer Nationalbank eröffnet jetzt eine Niederlassung dort, die erste ausserhalb der Schweiz. Die Nähe zu den Schwellenländern, das rechtlich stabile Umfeld und die gut ausgebaute Infrastruktur seien ausschlaggebend gewesen.

Aber auch China ist stark an innovativen Unternehmen interessiert. EMS, als steuerprivilegiertes Hightech-Unternehmen, zahlt an den China-Standorten gleich viel Steuern wie in der Schweiz.

Europa, nach wie vor der Hauptabsatzmarkt der Schweiz, leidet weiterhin unter der Finanzkrise und unter rückläufigen Zahlen. Europa verliert weltweit an Bedeutung. Der durch die strukturellen Probleme in Europa entstandene **Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken** wird nicht nachlassen.

Die höchst angespannte finanzielle Situation vieler Staaten (überall wo die Staatsverschuldung hoch ist) weckt selbstverständlich **finanzielle Begehrlichkeiten**.

Für Schweizer Unternehmen ist die aktuelle Weltlage höchst kritisch und anspruchsvoll. Entsprechend sollte die Politik die Unternehmen nicht noch zusätzlich belasten, sondern möglichst entlasten! Neue Märkte ausserhalb Europas sollen aktiv als Handelspartner eröffnet werden. Das Freihandelsabkommen mit China ist dabei sicher ein wichtiger Schritt. Andere Freihandelsabkommen sollen nun ebenfalls abgeschlossen werden.

Gerade in Bezug auf Europa hat die Regierung wirtschaftspolitisch ein klares Profil der Schweiz herauszuarbeiten: Wie wollen wir uns weltweit als Standort positionieren? Welche Industriefaktoren wollen wir in Zukunft den Unternehmen bieten? Was machen wir besser als andere Länder? Bisher waren es vor allem tiefe Steuern, relativ tiefe Abgaben, ein einfaches und sicheres Umfeld (rechtlich und regulatorisch) und natürlich die Nähe zum europäischen Absatzmarkt, welche die Schweiz attraktiv machten. Welche dieser Vorteile gelten in Zukunft noch? Welche wollen wir neu, können wir neu anbieten? Heute können wir noch handeln und findige Strategien entwickeln! Es ist noch nicht zu spät!

Wenn ich hingegen die aktuelle Politik und deren Beschlüsse, deren Massnahmen und deren Vorgehen anschau (ich spreche von Bundesrat und Parlament), wird überhaupt nicht entsprechend gehandelt. Eine **unrealistische Energiepolitik** mit einer massiven Verteuerung der Energie wird der Industrie aufs Auge gedrückt. Das Parlament beschloss in der letzten Session, die maximalen Subventionen für Alternativenenergien auf 900 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen! Für das Jahr 2014 sollen bereits 560 Millionen Franken Subventionen ausgegeben werden. Allein für EMS bedeutet die Erhöhung der KEV auf 1,5 Rappen pro kWh 1 Million Franken Zusatzkosten pro Jahr! Auch die **CO₂-Abgabe** und die **Mineralsteuerabgabe** wurden um jeweils 50% erhöht.

Die zukünftige **Steuersituation** ist unsicher, vor allem aufgrund des Drucks durch die EU. Im besten Fall, so habe ich verstanden, soll es mit der Steuerreform III gelingen, die heutige Ausgangslage zu halten. Wie dies zu machen sei, darüber wird hin und her diskutiert. Man

möchte es nämlich allen recht machen: „Die Lizenzbox könnte ja vielleicht auch unter Druck kommen, dann ist es wahrscheinlich doch nicht das richtige Instrument. Gegen tiefe Steuersätze könnte aber vielleicht die OECD etwas einzuwenden haben.“ So versucht man krampfhaft, Angriffe bis zur Profillosigkeit abzuwehren. Aber: Wer sich differenzieren will im internationalen Standortwettbewerb, der muss Vorteile gegenüber anderen anbieten, sich positiv abheben. Wenn man besser sein will als andere, kann man es nicht allen überall recht machen!!

Eingriffe in den freien Arbeitsmarkt: Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen, wie sie jetzt auch übrigens von der Maschinenindustrie im Vorfeld der 1:12 Abstimmung „Mindestlohninitiative“ zähneknirschend akzeptiert worden ist, die anstehenden Initiativen greifen massiv ein, und dies, obwohl bereits heute die Löhne in der Schweiz 30% höher sind als in Deutschland und den USA. „Flankierende Massnahmen“ tönen gut. Sie führen allerdings zu einer laufenden Verteuerung der Bautätigkeit und damit von Investitionen in der Schweiz. Wir glauben heute, dass uns eine Investition in der Schweiz bis zu 50% höhere Kosten bringt als wenn wir dieselbe in einem unserer deutschen Standorte realisieren würden. Hier spielen nicht nur die höheren Löhne, sondern auch entsprechende Regulierungen und natürlich die hohen Qualitätsanforderungen der Schweiz mit hinein.

Die institutionelle Anpassung an Europa: In Bezug auf die Finanz- und Aussenpolitik reibe ich mir schlichtweg die Augen über das, was ich sehe und höre. Neuerdings wird die Notwendigkeit von bilateralen Verhandlungen mit institutionellen Anpassungen (EU-Gerichtshof) mit Abkommen für **Energie** und **REACH** gerechtfertigt. Bereits im Februar 2013 habe ich Ihnen ausführlich die internationale Energiesituation dargelegt und aufgezeigt, dass in Europa aufgrund der subventionierten Alternativenergie Energieüberschüsse vorhanden sind, welche die EU unbedingt exportieren muss. Der Zugang zur europäischen Strombörse ist für Schweizer Stromunternehmen bereits heute gegeben. Wir haben gerade für unsere Schweizer Standorte einen Stromliefervertrag bis 2020 via europäische Energiebörse abgeschlossen. Die Schweizer Stromunternehmen können an der europäischen Strombörse handeln. Allerdings sind sie mit ihrer teuren Produktion im Vergleich zum subventionierten Alternativstrom aus Europa nicht mehr wettbewerbsfähig! Nur um ein langfristiges unterzeichnetes Stromabkommen auf dem Tisch zu haben, für diesen "Vorteil" lohnen sich Anpassungen ans europäische Recht sicher nicht! Auch bei REACH hat die Schweiz heute gar keinen Handlungsbedarf. Die heutige Schweizer Regelung bietet für Inlandprodukte eine einfache Lösung. Exportprodukte können in Europa, was übrigens auch bei einem bilateralen Abkommen so bliebe, problemlos registriert werden. Wir machen das bei EMS übrigens auch so. Auch im Verband Pharma-Chemie (die von REACH betroffene Branche) ist mir kein

Unternehmen bekannt, das mit REACH heute ein Problem hätte. REACH und Energieabkommen werden vorgeschoben, um institutionelle Anpassungen an die EU zu machen. Bezüglich Verbindlichkeit der Übernahme von Beschlüssen des Europäischen Gerichtshofes spricht man heute zwar noch von einem Wahlrecht der Schweiz, ich bin jedoch sicher, dass man hier weitere Zugeständnisse machen, und sich dann, auch verbindlich, EU-Recht unterordnen wird. Zu Ende gedacht wird die Schweiz also EU-Recht anwenden und so weitere eigenständige Standortvorteile preisgeben.

Der Bundesrat hat in letzter Zeit verschiedene „Verhandlungen“ mit anderen Staaten geführt. Dabei frage ich mich wirklich grundsätzlich, was denn eigentlich **verhandelt** wird. Wenn ich am 11. Juli 2013 wieder Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf bei der Unterschrift in Frankreich gesehen habe, habe ich mich einmal mehr gefragt: Was wurde hier eigentlich verhandelt? Als Unternehmerin verstehe ich unter „Verhandeln“, dass man ein Tauschgeschäft macht, das ein Geben und Nehmen für beide Parteien beinhaltet, so dass am Schluss beide Parteien ihren Vorteil daraus ziehen. Wenn der Bundesrat verhandelt, sei es mit den USA, seien es die diversen EU-Verträge, die institutionelle Anpassung oder das Abkommen mit Frankreich, frage ich mich jedes Mal: Wo ist hier die Gegenleistung für die Schweiz? Denn: Ich sehe keine! Ich sehe keine! Der vorausseilende Gehorsam der Bundesregierung allein verschafft uns keine Vorteile! Im internationalen Wettbewerbsumfeld wird mit harten Bandagen gekämpft, bei vielen Ländern und ihren Regierungen geht es finanziell und wirtschaftlich schliesslich ums Überleben! Entsprechend klar und findig sollte die Gegenstrategie der Schweiz sein. Denn auch bei uns sind viele Unternehmen bereits in einer schwierigen Situation, müssen sich mit einem schrumpfenden Europamarkt abfinden, mit der Eurokrise und nach neuen Märkten ausrichten! Da der Bundesrat offenbar aussenpolitisch überfordert ist und keine erfolgreiche Strategie durchsetzen kann, spielt er seine innenpolitische Macht aus: Regulierungswut, kombiniert mit Umverteilung. Dabei steht die Industrie an vorderster Stelle und man setzt hier noch eine Abgabe an, dort noch eine Umverteilungsregelung in Kraft und dazu noch etwas Umweltbewusstsein heucheln (das macht sich immer gut)... Aber dieses Handeln bleibt nicht folgenlos!

Unternehmen bewerten und vergleichen das politische Klima und die Standortbedingungen laufend. Gespräche mit vielen Unternehmern aus verschiedenen Branchen haben mir gezeigt, dass bereits viele grosse Bedenken bezüglich ihres kurz- oder mittelfristigen Überlebens am Standort Schweiz haben.

Mängel im Rechtssystem: Gut, ich muss zugeben, aufgrund unserer Erfahrungen habe ich in diesem Punkt aufgegeben. Seit 6 1/2 Jahren wird unser Geheimnisverratsfall untersucht,

7 Jahre ist die Verjährungsfrist. 6 Gutachter haben bezeugt, dass es sich bei den uns gestohlenen Unterlagen eindeutig um Geschäftsgeheimnisse handelt. Zweimal erliess die Bundesanwaltschaft Strafbefehle, zweimal erhob sie Anklage vor Bundesgericht, dreimal hat das Bundesgericht die Klage wegen formeller Mängel an die Bundesanwaltschaft zur Überarbeitung zurückgewiesen. Inzwischen ist eine Klage im laufenden Verfahren komplett verjährt, einer der Beschuldigten wurde aufgrund der Verjährung freigesprochen. Jetzt im August sollen die übrigen zwei Fälle noch mit 4 resp. 2 Dokumenten vor Gericht behandelt werden. Von insgesamt 100 Bundesordnern beschlagnahmten Unterlagen, die aus EMS abgezogen wurden, behandelt das Gericht nun noch 4 resp. 2 Dokumente! Alle anderen Unterlagen sind während des Untersuchungsverfahrens der Bundesanwaltschaft verjährt.

Vor 8 Jahren klagten wir wegen eines Betrugsfalls. Das Bezirks- und das Kantonsgericht verurteilten die Schuldigen mit Gefängnisstrafen. Der Fall liegt nun beim Bundesgericht in Berufung. Seit 8 Jahren fehlen uns 13 Millionen Franken, glücklicherweise sind wir nicht auf das Geld angewiesen. Mängel können immer und überall vorkommen. Wenn sie aber, obwohl bekannt, nicht aufgenommen und gelöst werden, dann weist das auf mangelnde Verantwortung der Führung hin.

Zugegeben, ich bin frustriert, nicht wegen EMS, da haben wir sehr viele Möglichkeiten und sehr viele Chancen, wir sehen Märkte, wir werden unseren Weg gehen. Mit EMS und unseren Mitarbeitern bin ich sehr zufrieden, aber die schlechte Schweizer Wirtschaftspolitik frustriert mich: Ich verstehe das Vorgehen nicht. Sie selber als Journalisten drucken in letzter Zeit so quasi nebenbei Meldungen wie „Volkswirtschaftsdepartement bei der UBS besorgt um den Standort“, „Exporte unter Druck“, „Industrie schwächelt“, „noch geht es der Schweiz gut“, „die Maschinenindustrie verlagert“ (die Maschinenindustrie ist übrigens die arbeitsplatzintensivste Exportbranche der Schweiz), und „im Juni stieg die Industriearbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat um 27%“ ...!

Wir sehen selber bei unseren Schweizer Kunden: Kleine Unternehmen verlagern, grosse Unternehmen investieren einfach im Ausland. Unternehmen warten doch nicht bis es zu spät ist, outen sich nicht in den Medien. Heute steht ihnen die ganze Welt offen. Sie beurteilen: „Was macht Sinn, welche Konstellation ist ideal“. Unternehmen brauchen die Standortbedingungen heute nicht mehr zu verbessern. Sie müssen sich nicht mehr politisch engagieren. Es gibt Länder, die machen das für sie. Die Schweiz gehört leider aktuell nicht dazu. Dass Sie mich richtig verstehen, wir sind noch nicht in einer Krise, wir haben immer noch eine gute Situation. Aber die inkompetente Politik wirkt sich schleichend aus. Hohe Arbeitsloskeitszahlen sehen wir in der Schweiz nicht; wir kompensieren sie seit Jahren mit

Stellen im Gesundheitswesen, in der Bildung und neu auch im Bau wegen der tiefen Zinsen. Jedoch: Werden uns diese Branchen mittel- und längerfristig den hohen Wohlstand erhalten? Wir wissen, dass alle grossen Länder mit hohem Wohlstand über einen hohen Industrieanteil verfügen. Die Industrie hat eine deutlich höhere Wertschöpfung als andere Branchen, insbesondere als diejenige des Staates. Will man den Wohlstand erhalten, muss doch die Industrie erhalten und nicht vertrieben werden.

Ich habe mich viel gefragt, warum die Schweizer Bevölkerung solche Politiker nach Bern wählt. Leute, die keine Erfahrung in der Führung haben, heute in der Mehrheit Berufspolitiker sind und höchstens über sehr beschränkte unternehmerische oder internationale Erfahrung verfügen. Warum eine Abstimmung „Volkswahl des Bundesrates“ trotz der aktuell sehr schlechten Besetzung des Bundesrates nicht durchkommt. Diese Frage beschäftigte mich lange und stark. Endlich, diese Woche, glaube ich, Klarheit bekommen zu haben. Ein Marktforschungsinstitut, Demoscope, - man kann von Marktforschungsinstituten halten, was man will, Umfragen sind Umfragen - hat nämlich eine interessante Studie publiziert zum psychologischen Klima der Schweiz 2013: „Schweizer sehnen sich nach einem ruhigen, beschaulichen und sicheren Leben. Dies als Reaktion auf Wirtschaftskrisen und Globalisierung.“ Und dann habe ich verstanden: Offenbar glauben wir in der Schweiz, indem wir Augen und Ohren verschliessen, die Probleme, Industrie probleme, Standortprobleme gäbe es nicht! **Wir meinen, wir könnten uns durchwursteln, indem wir uns etwas nett und harmonisch geben, möglichst nicht anecken, alles schon im Vorherein allen recht machen!** Ist das unser Rezept bei den aktuellen Umwälzungen und Begehrlichkeiten in unserem Umfeld? Es wird nicht funktionieren! Der Wandel, die Globalisierung, die Finanzkrise, der Druck von aussen sind Realität! Abwehr durch Nachgeben und Ignorieren ist keine gangbare Strategie. Die wird nicht zum Erfolg führen, davon bin ich überzeugt. In dieser ganzen Situation, der Globalisierung, der Finanzkrise müssen wir doch die **Chancen wahrnehmen**. Und die gibt es, es gibt Chancen! Wir müssen sie nur erkennen und wahrnehmen! Heute ist es zum Handeln noch nicht zu spät. Aber wir müssen der Realität ins Auge sehen. Probleme sind anzusprechen und Lösungen mit einer klaren **Zielsetzung** zu definieren. Nicht ignorieren und nachgeben „...dann werden sie uns sicher in Ruhe lassen...“.

Wer nämlich bereits unter der aktuellen Politik leidet, sind die Unternehmer, die langsam aus der Schweiz verdrängt werden. Ich fühle mich von der Bundespolitik richtiggehend aus der Schweiz verdrängt. Ich würde gerne hier mehr investieren für unsere Exporte nach Asien, aber unter diesen Voraussetzungen, mit dieser politischen Besetzung, habe ich kein Vertrauen in die Zukunft des Standorts Schweiz. Für die Exporte nach Europa werden wir wohl weiter investieren, aber für Asien gibt es attraktivere Standorte. Schliesslich sind auch wir dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt.

Ich frage mich, wo sind die innovativen politischen Führer der Schweiz? Eine Regierung müsste regieren, sie müsste führen. Wann wird sie endlich gewählt? Ich betrachte es als meinen Auftrag aufzurütteln, auch die Bevölkerung! Wir können nicht passiv in die Zukunft gehen. Und auch nicht als „nice guys“, die alles sofort ausführen und anpassen.

Wir haben die höchsten Löhne, den höchsten Wohlstand. Dieser Wohlstand muss erneuert werden, wie bei einem Produktesortiment. Einfach immer gleich weiterwursteln oder sich sogar noch der schlechten Konkurrenz anpassen, hat keine Zukunft! Wenn wir uns bei EMS überall anpassen würden, dann hätten wir doch nie Erfolg. Der Standortwettbewerb funktioniert auch so.

Ich weiss nicht, ob meine Rede hier viel nützt. Ich kann Ihnen nur sagen, Politiker in Bern agieren nach den Medien. Heute sagen auch rechte Politiker zu uns in der Wirtschaft: „Wissen Sie, heute kann man nicht mehr Sachpolitik mit Fakten machen. Heute geht's in der Politik nur noch um Emotionen.“, und diese Emotionen kommen natürlich vor allem auch aus der Presse. Trotzdem glaube ich aber heute, dass die Bevölkerung sie ignoriert. Die Bevölkerung sucht Ruhe, Frieden, Stabilität.

Aber das Weltgeschehen heute läuft anders. Wenn wir unseren hohen Wohlstand stabil halten wollen, dann müssen wir uns aktiv bemühen: Ziele und Strategien formulieren, clever mit guten Leuten vorangehen. Worauf warten wir?

* * * * *